

Herr Gesandter Dr. Koch! In Warnsdorf gibt's „Greuel-Propaganda“ zu entlarven!

In Hainewalde, einen zwei Stunden von der Grenze entfernten sächsischen Dörfchen ist seit Montag in dem der Gemeinde Großschönau gehörigen Schlosse ein Interniertenlager eingerichtet, in dem selbstredend SA-Mannschaft das Regiment führt. Unter den zahlreichen Internierten befanden sich auch vier Juden. Diese vier, die — wie andere Opfer des Hitler-Regimes — wiederholt mit Gummiknüppeln geschlagen worden sind, packte man, wohl zur Feier des beginnenden Judenboykotts, nach 12 Uhr nachts in ein Lastauto, auf dessen Seitenwänden 25 SA-Leute Platz nahmen, während die vier Juden, den SA-Stiefeln gerade erreichbar am Fußboden lagen. Die Autofahrt führte man bis knapp an die tschechoslowakische Grenze, dort wurden die Juden „abgeladen“ — in hiesiger Prägung mit den Gummiknüppeln gegen die Grenze getrieben. Bei dieser Jagd sind auch sechs Schüsse gefallen. Drei von den blutig Geprügelten gelangten über die Grenze und brachen bei einem Hause erschöpft zusammen, der vierte aber wurde vermißt. Ihn zu suchen, konnten sich die Bewohner jenes Hauses im Hinblick auf die bestialischen „Erneuerer“ Deutschlands nicht erlauben.

Von den Bewohnern jenes Hauses wurde die Polizei verständigt und ein Auto besorgt, welches die blutüberströmten Opfer der SA ins Spital transportierte. Der vierte Mann stellte sich am Morgen selbst ein und wurde, seines Zustandes wegen, ebenfalls dem Krankenhaus übergeben.

Dies in knappen Sätzen der Sachverhalt, der eine treffende Illustration ist zu der schon so oft gelesenen Versicherung, daß drüben Niemandem ein Haar gekrümmt werde.

Drum nochmals, Herr Gesandter Dr. Koch, reisen Sie ungeschämt nach Warnsdorf, gehen Sie dort ins Spital, dort gibt es „Greuel-Propaganda“ zu entlarven!

Gegen den Blutfascismus.

Eine machtvolle Kundgebung in Komotau. Freche Provokationen der Nazis.

Komotau, 1. April. (Eigenbericht.) Heute um 4 Uhr nachmittags demonstrierten viele Tausende Arbeiter auf dem Komotauer Marktplatz gegen den Mordfascismus. Die Nazis, die sich seit dem 5. März hier im Grenzgebiete unerhörte Herausforderungen erlauben, wollten ursprünglich zur selben Zeit eine Truckundgebung veranstalten, die jedoch von der Bezirksbehörde verboten worden war. Trotzdem forderten die Hakenkreuzler ihre Anhänger auf, den Marktplatz zu besetzen, damit unsere Versammlung nicht stattfinden könne. Gendarmerie und Polizei hielt aber den Platz frei. Die Hakenkreuzler, zirka 400 Mann stark, versuchten daraufhin unseren Aufmarsch zu stören, was unsere Genossen mit ungeheurer Erbitterung erfüllte. Nur dem Eingreifen unserer Ordner war es zu danken, wenn Zusammenstöße vermieden wurden.

Im Demonstrationsszuge, der über vier-tausend Teilnehmer zählte, wurden zahlreiche Fahnen und Standarten mitgeführt. Auf dem Marktplatz, der nach erfolgtem Aufmarsch polizeilich abgesperrt wurde, so daß viele Hunderte Arbeiter, die sich etwas verspätet hatten, nicht mehr auf den Platz gelangen konnten, sprachen die Genossen Abg. Kaufmann und Ladig (deutsch), Genosse Firuz (tschechisch) und der kommunistische Kreissekretär Appel. Alle Redner, die den blutigen Terror des Fascismus geißelten und sich mit aller Entschiedenheit auch gegen die soziale Reaktion in der Tschechoslowakei wandten, fanden stürmischen Beifall. Einer Resolution, in der an die Klassenbewußte Arbeiterschaft appelliert wird, mit der größten Entschlossenheit den Kampf für Freiheit und Brot und für den Sozialismus bis zum siegreichen Ende zu führen wurde einhellig zugestimmt.

Die Kundgebung, die ohne weiteren Zwischenfall verlief, hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft des Komotauer Bezirkes nicht gewillt ist, die Einführung faschistischer Methoden auch in der Tschechoslowakei zu dulden.

Luther Boschalter in Washington

Berlin, 1. April. (Wolff.) Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums a. D. Dr. Luthers zum Vizepräsidenten in Washington ernannt.

Ein Tag Boykott. Ein Riesenapparat in Tätigkeit.

Berlin, 1. April. Die amtlichen Nachrichtenagenturen berichten mit Stolz, daß der Boykott jüdischer Geschäfte „als Abwehrmaßnahme gegen die jüdische Lügehege und Greuelpropaganda im Ausland“ überall im Reich Punkt 10 Uhr vormittags eingeleitet habe.

Vor allen jüdischen Geschäften und vor den Häusern, in denen jüdische Rechtsanwälte und Ärzte wohnen, hatten — nach einem Bericht des Conti-Büros — SA- und SS-Leute mit Plakaten Aufstellung genommen, die das Publikum vor dem Besuch dieser Geschäfte warnten. Verschiedentlich wurden Käufer photographiert.

Von den größten boykottierten Warenhäusern hatte in Berlin nur eines geöffnet, vor dem sich aber bald eine riesige Menschenmenge ansammelte und die wenigen Käufer mit Prüzeln überschüttete, so daß die Mehrzahl dieser Käufer Abstand nahm, das Geschäft zu betreten. Ueberhaupt soll nach dem Conti-Büro die Mitwirkung der Bevölkerung in der Reichshauptstadt am Boykott außerordentlich groß gewesen sein.

Während es in den offiziellen Kundgebungen hieß, daß eventuelle Käufer nur „aufmerksam gemacht“ werden sollen, aber niemandem auch nur ein Haar gekrümmt werden dürfe, waren heute in den Auslagen der boykottierten Geschäfte Plakate angeklebt, die ausdrücklich das Betreten der Geschäfte verboten. Da daraufhin niemand einzukaufen wagte, wurden die Geschäfte

nach und nach von den Inhabern selbst geschlossen. Einige Inhaber jüdischer Geschäfte protestierten gegen den Boykott durch Aushängen ihrer Ausweise über die Leistung des Militärdienstes während des Weltkrieges.

Der Boykott gegen die jüdischen Rechtsanwälte und jüdischen Ärzte ist überall reiflos und ohne Widerstand durchgeführt worden. Für den Boykott waren in Berlin rund 60 bis 70.000 Personen organisiert. Die Forderungen der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation im Zusammenhang mit dem Boykott sind überall reiflos erfüllt worden.

Die musterghültige Disziplin wurde aber nicht nur in Kiel durchbrochen, worüber wir an anderer Stelle berichten, sondern auch in anderen Städten ließ sie viel zu wünschen übrig. So scheint in Hannover noch ein Gewerkschaftshaus existiert zu haben, das noch nicht zur dauernden SA-Kaserne degradiert worden war. Dieses offensichtliche Versehen wurde nun heute gutgemacht. Dort zogen früh zwei Hilfspolizisten auf, die einfach „aus dem Gebäude heraus“ beschossen wurden. Selbstredend wurde das Haus sofort besetzt und „nach Waffen“ durchsucht, und dann „unter dem Jubel der Bevölkerung“ auf dem Gebäude die Hakenkreuzfahne gehißt. Jedenfalls wird sich jetzt die SA dort häuslich einrichten, was wohl der Zweck der ganzen Übung war!

Streicher rechnet nicht mit Wiederaufnahme!

München, 1. April. (Wolff.) Gegenüber einem Vertreter der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz erklärte der Leiter des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthege, Julius Streicher, als das ehrenvollste Kennzeichen der Aktion könne festgestellt werden, daß sie vom ganzen Volk getragen war. Auf die Frage, ob er glaube, daß eine Wiederaufnahme der Aktion am nächsten Mittwoch notwendig sein werde, erklärte Julius Streicher, nach den Meldungen, die aus dem Ausland bisher eingegangen seien, sei zu erwarten, daß eine Wiederaufnahme vermieden werden könne. Sollte aber das inter-

nationale Judentum den Kampf fortgeführt haben wollen, so sei die NSDAP zu diesem Kampf gerüstet. Aber auch wenn diese Abwehrbewegung heute ihren Abschluß findet, so werde doch ein bedeutendes Ergebnis festzustellen sein:

1. Das internationale Judentum sehe, daß das neue Deutschland nicht mit sich Schindluder treiben lasse.

2. Daß nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt durch den von uns von den Juden selbst aufgegebenen Abwehrkampf auf die Judenfrage gewiesen worden sei, die nicht nur eine Frage des deutschen Volkes, sondern eine Frage der Menschheit sei.

Sonderrecht für Juden.

„Der Jude zahlt, der Arier nicht.“

Berlin, 31. März. Der kommissarische preußische Justizminister Kerrl hat an die preußischen Gerichtsbehörden die Anweisung ergehen lassen, daß für die Dauer des Judenboykotts sämtliche Zivilprozesse, die von Juden anhängig gemacht worden sind, zu ruhen haben. Verhandlungstermine werden nicht angelegt, neue Klagen nicht entgegengenommen. Die Vollstreckung bereits ergangener und rechtskräftiger Urteile wird auf unbestimmte Zeit suspendiert. Der Minister erklärt ferner, daß von dieser Regelung jene Prozesse, in denen ein Jude beklagt worden ist, nicht berührt werden; diese Verfahren gehen somit ungehindert weiter.

In einer zweiten Verordnung bestimmt der preußische Justizminister, daß die am 1. April fälligen Mietzahlungen für Wohnungen, Geschäftsräume und Grundstücke nicht entrichtet werden dürfen, sofern der Vermieter ein Jude oder eine Gesellschaft ist, an der ein Jude beteiligt ist. Für diese Fälle würden vielmehr sofort bei den öffentlichen Sparkassen „Sonderkonten“

errichtet, auf welche die Mietbeträge einbezahlt werden; diese Sonderkonten stehen zur Verfügung der Regierung. Der Minister führt weiter aus, daß Zahlungen, die trotz dieser Anordnung unmittelbar an jüdische Vermieter entrichtet würden, als nicht erfolgt zu betrachten und rückständiglos beizutreiben sind.

Berlin, 31. März. Der Leiter des Aktionskomitees gegen die deutschen Juden, Abgeordneter Streicher, erklärte vor Pressevertretern, daß der Zahlungsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden grundsätzlich neu geregelt würde. Bis zum Erlaß der entsprechenden Verordnungen sei niemand verpflichtet, irgendwelche Zahlungen an einen Juden zu leisten; er, Streicher, empfehle dringend, solche Zahlungen überhaupt zu unterlassen, es sei wahrscheinlich, daß in einem nahen Zeitpunkt eine Zahlung, die unmittelbar an einen Juden geleistet würde, als rechtlich nicht erfolgt gewertet und von Staats wegen zum zweiten Male beigetrieben wird.

USA-Regierung holt Informationen ein.

Washington, 1. April. (Reuter.) Es verlautet, daß das Staatsdepartement gestern eine längere telefonische Unterredung mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten in Berlin betriebe. In amtlichen Kreisen verlautet, daß sich die Regierung für die Situation in dieser Frage in allen ihren Einzelheiten interessiere.

Auch von privaten Kreisen wird die anti-jüdische Boykottbewegung mit außerordentlichem Interesse verfolgt und in der Presse ausführlich erörtert. „New York Times“ erklären, die letzte Erklärung des Propagandachefs Dr. Goebbels sei der „größte Wahnsinn“.

Fremdenverkehrspropaganda im Dritten Reich.

Wien, 1. April. Der von Passau kommende heutige Berliner Frühschnellzug hatte volle zwei Stunden Verspätung und war fast leer. Die Ursache bildete eine plötzliche Durchsuchung des ganzen Zuges in Passau, in deren Verlauf die meisten Passagiere ohne Rücksicht darauf, ob sie ihre Pässe und Visa in Ordnung hatten, zum polizeilichen Verhör weggeführt wurden. Die Passauer Polizei machte dabei keinen Unterschied zwischen Reichsdeutschen und Oesterreichern und hielt auch einige Angehörige anderer Staaten an, die sie erst nach mehrstündigem Verhör wieder entließ.

Der gelbe Fleck.

Krieg und Krise haben die deutsche Wirtschaft um Jahrzehnte zurückgeworfen. Es hat den Anschein, als ob Millionen Menschen in Deutschland gewillt seien, auch die deutsche Kultur um Jahrhunderte zurückzuschrauben. Man muß schon bis in die Zeit des Mittelalters zurückgehen, bis in jene grausamen und verworrenen Epochen, in denen das Wort galt: „Zur nichts, der Jude wird verbrannt!“, um Parallelen zu dem zu finden, was sich jetzt im Reich abspielt und noch ferner abspielen soll.

Mit dem ihnen eigenen Uebermaß an Phantasie haben Herr Goering und der deutsche Oberlautsprecher, Herr Goebbels, erklärt, deutsche jüdische Intellektuelle seien die Verfasser der „Greuelgeschichten“, die über die deutschen Zustände im Auslande verbreitet seien. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß unter den zahlreichen jüdischen Intellektuellen, die wirklich nicht aus freien Stücken und aus Keilhaft ihre Heimat verlassen haben, unserer ziemlich genauen Kenntnis der Dinge nach, sich zum mindesten in Prag, nicht ein einziger befindet, der falsche Greuelmeldungen an die Presse oder in die sonstige Öffentlichkeit weitergeleitet hätte. Wenn die auf einmal so zart besaiteten Gemüter derselben regierenden Herren, die einst in Italien, Holland und Skandinavien ihren Amtsvorgängern wirklich keine Schmeicheleien gespart haben, glauben, solche Behauptungen erheben zu können, so sind sie zum mindesten, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Verleumdung aussetzen wollen, verpflichtet, unter Nennung der Namen und Fälle den Beweis solcher Behauptungen anzutreten, die offenkundig den fadenscheinigen Vorwand für eine längst geplante Aktion abgeben sollten. Der aus seiner Vergangenheit den deutschen Gerichten sattfam bekannte Herr Streicher hat ja im übrigen keine Mördergrube aus seinem Herzen gemacht und erklärt: „Ob die Greuelpropaganda aufhöre oder nicht, das sei gleichgültig. Sie habe den willkommenen Anlaß gegeben, die Aktion würde durchgeführt, und er sei mit der Entwicklung durchaus zufrieden, man möge ihm vertrauen, daß er ganze Arbeit den Juden gegenüber leisten werde.“

Die braunen Ehrenmänner sprechen stets von falschen Greuelmeldungen und vergessen darüber ganz, daß es gilt, die wahren Greuelmeldungen durch Tatsachenbeweise eindeutiger Art zu entkräften. Man braucht über die Schandtat im Dritten Reich nichts zu erfinden, denn die nationalsozialistische Wirklichkeit ist blutiger und feuriger als jede Vorstellung der Phantasie. Was für den Deutschen im Auslande, der sich ein echtes Mitempfinden für das durch den Raub der Sieger gedemütigte Volk bewahrt hat, besonders schmerzhaft ist, ist die Tatsache, daß man gerade von solchen Männern, die im Kriege stets Deutschland gegen die belgische Greuelpropaganda in Schutz genommen haben, heute die nachdenkliche Frage hören kann: „Sollten dieselben Menschen, die so in ihrem eigenen Lande wüsten, nicht auch anderer Taten fähig gewesen sein?“ Wenn man sich auch noch so sehr bemüht, derartige Einwendungen zurückzuweisen, wenn man ferner bestrebt ist, jede aus Deutschland kommende Nachricht auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, so bleiben leider doch so viel dokumentarisch belegbare Tatsachen übrig, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, wie weitgehend ein Massenwahn, ähnlich wie in den finsternen Tagen des Mittelalters, alle menschlichen Gemütern vernichtet und alle Kultur wie dünnen Firnis abgetraht hat. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit erschreckend deutlich, wie falsch das deutsche Bildungsideal war, das das Wissen, den „Lehrstoff“, und nicht den Menschen in den Mittelpunkt gestellt hat, wie das z. B. die englische Erziehung seit alters getan hat.

Vor allem aber zeigt sich ein geradezu erschreckender Mangel an jener „Humanität“, die genau wie im Kriege als „Humanitätsduselei“ zynisch und brutal verspottet wird, bis eines Tages dieselben Herrschaften um „Humanität“ genau so winseln werden, wie sie sie heute mißachten.

Wollte man beweisen, daß die Meldungen über Arbeitermorde, Hauszerstörungen, Verschleppungen und antisemitische Ausschreitungen der Wirklichkeit entsprachen, so hätte man nicht anders handeln können, als man es jetzt getan hat. Die Verlesung der deutschen Juden zeigt wenigstens der übrigen Welt an offenkundigen Totsünden, was sich in ähnlicher Weise, vielleicht lautloser, aber dafür um so intensiver in den still leidenden Schichten des Proletariats abspielt. Das Schicksal der Juden ist nur deshalb so eindrucksvoll, weil es Jahrhunderte alte Vergleiche zuläßt, weil die Behandlung der Juden stets ein Gradmesser der geistigen Selbstsicherheit eines Volkes gewesen ist.

Abasver soll jetzt wieder zum Wanderstab greifen. Jahntausende ist er mühselig in Europa herumgewandert. Länger als ein Jahrtausend hat er aber für seine Kinder auch in Deutschland eine Heimstätte gefunden. Und was haben sie diesem Lande, mit dem sie seit Jahrhunderten in Sprache, Denken und Fühlen verwachsen sind, an geistigen Werten gegeben! Mendelssohns Lieder, Heines Gedichte, Liebermanns Bilder, Zweigs, Wassermanns, Gundolfs literarische Werke, die Regiekunst eines Reinhardt und Brahm, das medizinische Wissen eines Ehrlich, eines Wassermann, eines Israel und vieler anderer, die Genialität eines Einstein, die schöpferische Wirtschaftsführung eines Ballin und eines Rathenau, ohne die weder die Donburg-Amerika-Linie, noch die AEG denkbar wäre, sollen auf einmal weggelöscht sein aus der Geschichte, als ob nicht gerade sie dazu beigetragen hätten, dem deutschen Namen in der Welt Klang und Farbe zu verleihen. Gewiß ist nicht jeder jüdische Staatsbürger in Deutschland ein Muster der körperlichen und seelischen Vollkommenheit. Aber ein klein wenig Wissen um wirkliche Rassenkunde und Biologie würde genügen, um klarzumachen, daß die Erde auf freiem Felde stolz und knorrig in Freiheit emporsproßt, daß sie aber im Dicht des Bushwerks, der Wind und Sonne wehrt, nicht zu wachsen vermag. Nicht irgendeine mythische Rasseeigenschaft der Juden trägt an Fehlern, wenn sie sich zeigen, die Schuld, sondern vor allem die Art, wie man sie Jahrhunderte hindurch als Fremde und Heilandsmörder behandelt und lediglich auf das Geschäftemachen vertieft hat. An seinen Mängeln ist nicht der Jude schuld, sondern das Ghetto! Jetzt aber wollen Angehörige derselben Nation, die Millionen Volksgenossen außerhalb ihrer Grenzen weiß und stets an das Minderheitenrecht appelliert hat, im eigenen Lande eine entrechtete und geknechtete Minderheit gleicher Sprache und Kultur schaffen um eines Blutmisshandels willen, vor dem sich selbst ein Herr Goebbels scheuen müßte, wenn er einmal in den Spiegel schaut.

Nicht allein um der Juden willen, sondern gerade um Deutschlands willen muß es heute gesagt werden, daß der gelbe Fleck ein schwarzer Fleck auf dem Ehrenschild des deutschen Ansehens bleiben wird für Jahr und Tag!

Vorstandekonferenz der gemeinsamen Landeszentrale der freien Gewerkschaften.

Freitag, den 31. März, fand im Gewerkschaftshaus in Prag eine Vorstandskonferenz der gemeinsamen Landeszentrale statt, an welcher 15 deutsche Verbände mit 28 Delegierten und 39 tschechoslowakische Zentralverbände mit 142 Delegierten vertreten waren. Außerdem nahmen an der Tagung 27 Kreisgewerkschaftssekretäre und die Mitglieder des Zentralgewerkschaftsrates teil.

Genosse Remeček eröffnete die Sitzung und verwies aus die hauptsächlichsten Punkte, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Es sind das in erster Linie die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsanleihe, sodann die Frage der Herabsetzung der Preise der Lebensmittel und der sonstigen Bedarfsartikel, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Probleme des Genter Systems und der Arbeitslosenunterstützungen überhaupt und schließlich die Frage des gemeinsamen Vorgehens mit den Kommunisten. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg wurden die Genossen Grünzner und Kaufmann in das Präsidium berufen.

Die Referate wurden von den Genossen Tayerle und Macoun erstattet, woran sich eine lebhafteste Debatte knüpfte, und Genosse Tayerle hielt das Schlusswort, worauf das Ergebnis der Beratungen einstimmig in folgenden Entschliessungen niedergelegt wurde:

Für die Stärkung der Kaufkraft und für die Arbeitsbeschaffung.

Die Vorstandskonferenz hat über die Fragen der Arbeitslosigkeit beraten und erneuert die Forderungen der gemeinsamen Landeszentrale, mit deren Erfüllung der Arbeitslosigkeit vorgebeugt und diese gemindert werden soll. Die Erfahrungen, welche mit den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit bisher gemacht wurden, bestätigen aufs neue, daß es notwendig ist, der Arbeitslosigkeit vor allem vorzubeugen. Besonders notwendig ist es, alle Bemühungen zu fördern, die zu einer Erhöhung der Konsumkraft der breiten Massen führen. Wir betrachten deshalb als besonders dringend solche Maßnahmen, welche eine Kontrolle der Preisbildungsfaktoren sichern, damit unberechtigt hohen Preisen oder Bedarfsartikel besonders durch spekulative Verteuerungen vorgebeugt wird.

Wenn die Wirtschaftskrise eine Senkung der Löhne und Gehälter herbeiführt hat, so muß damit ein Abbau der Preise, besonders auch der industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate Hand in Hand gehen. Insbesondere muß die unberechtigte Spanne zwischen dem Einkaufs- und Verkaufspreis der landwirtschaftlichen Produkte beseitigt werden. Die Vorstandskonferenz fordert daher eine beschleunigte Behandlung des Gesetzesentwurfes über die Kartelle und die staatliche Aufsicht über die Preise.

Die Vorstandskonferenz begrüßt den Beschluß der vorbereiteten internationalen Arbeitskonferenz in Genf, welche grundsätzlich anerkannt hat, daß die Förderung der 40-Stundenwoche der ordentlichen internationalen Arbeitskonferenz im Juni d. J. vorgelegt werden soll. In dem die Vorstandskonferenz diese Forderung besonders betont, erklärt sie, daß sie in einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur ein Mittel zur Erlangung eines gerechten Anzeiles an den Ergebnissen des technischen Fortschrittes erblickt, sondern auch eine unaußweichliche Folge

seiner schädlichen Wirkungen auf die wirtschaftliche Lage und den Gesundheitszustand der arbeitenden Schichten. Sie fordert insbesondere, daß in kontinuierlichen Betrieben das Vierstundensystem eingeführt wird, weil nur damit die Zahl der beschäftigten Kräfte erheblich gesteigert werden kann. Die Vorstandskonferenz fordert die angeschlossenen Verbände auf, bei den Verhandlungen über ihre Kollektivverträge die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne der Anträge der Zentrale zu erheben und damit auch ihre gesetzliche Regelung zu beschleunigen.

Die ständigen Uebertrretungen des bisherigen Gesetzes über die Arbeitszeit zwingen zu einer systematischen Kontrolle der Ueberzeitarbeit. Wir lehnen jedwede amtliche Bewilligung von Ueberstunden ab und rufen nach den strengsten Maßnahmen, damit die ungewollte Ueberzeitarbeit verhindert wird.

Ueber den Zweck der Arbeitsanleihe beratend, fordern wir, daß ihr Erträgnis besonders für produktive Arbeiten verwendet wird, mit welchen soviel wie möglich menschliche Arbeitskräfte so lange wie möglich beschäftigt werden können. Als besonders notwendig betrachten wir es, daß bei Arbeiten, die aus der Arbeitsanleihe durchgeführt werden, jene Maschinen, welche die menschliche Arbeit oft nur aus Gründen des privaten Profites ersetzen, ausgeschaltet oder auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die einseitigen Wirkungen der Rationalisierung und der maschinellen Arbeit verfolgend, fordern wir eine Kontrolle und eine höhere Beleuerung jener Betriebe, welche die menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzen.

Solidarität mit der reichsdeutschen Arbeiterschaft.

Die Vorstandskonferenz der in der gemeinsamen Landeszentrale „Dobrovo šrutiens křesťoflovenst“ vertretenen Gewerkschaftsverbände spricht im Namen ihrer 611.000 Mitglieder den Gewerkschaften Deutschlands, die unter dem faschistischen Terror leiden, ihre warmsten Sympathien aus. Die Vorstandskonferenz verurteilt einmütig jeden Terror und jede Gewalt, mittels deren jede freie Ueberzeugung verhindert, sowie die Ergebnisse der demokratischen Staatsordnung und die Freiheit der Ueberzeugung unterdrückt werden sollen. Im Interesse der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung, im Interesse des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts sind wir und dessen bewußt, daß wir die demokratische Verfassung nicht nur zur Geltung bringen, sondern auch verteidigen müssen. Die Demokratie aufzulegen nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten und Verantwortlichkeit. Gegen die Gewalt werden wir die Macht der selbstbewußten Arbeiterklasse, besonders der starken, einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen stellen. Wir lehnen ganz entschieden alle Methoden ab, welche die Macht und den Willen der Demokratie brechen und die Diktatur, den Terror und die Gewalt einzuleiten sollen. Nur in der politischen Demokratie, deren Ausgestaltung die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, liegt auch in der Tschechoslowakischen Republik die Gewähr der Mitarbeit aller Nationen im eigenen Lande. In ihr sehen wir ferner das zweckentsprechendste Mittel, um zur wirtschaftlichen Demokratie zu gelangen und den Sozialismus zu verwirklichen. In dieser Erkenntnis verteidigen die freien Gewerkschaften die Demokratie.

Gegen kommunistische Manöver.

Als Ergebnis der gleichzeitigen Beratungen über den Antrag der roten Gewerkschaften, die zur Einheitsfront gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützungen und gegen die Angriffe des Faschismus aufzurufen, erklären wir:

Die im „Dobrovo šrutiens křesťoflovenst“ vertretenen Gewerkschaftsverbände verteidigten von allem Anfang an die gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützungen. Ebenso haben sie gegenüber dem Faschismus stets einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Leider waren es gerade die Tendenzen, welche die kommunistische Partei und die roten Gewerkschaften verfolgten, die nicht nur die Macht der Gewerkschaftsbewegung in diesen Kämpfen systematisch lähmten, sondern oft auch bewirkten, daß manche Kreise der Arbeiterschaft jene Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, welche unter dem Druck der Gewerkschaften erfolgten, mißverstanden haben. Die Angriffe, die gegen die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen unternommen wurden, besonders die Verleumdungen, Verdächtigungen und Beschimpfungen, von welchen die Agitation der roten Gewerkschaften begleitet war, lassen kein Vertrauen in den ehrlichen Willen zu einer Vereinbarung aufkommen.

Im Gegenteil. Alle Begleitscheinungen beweisen, daß es sich dabei wieder um ein Agitationsmanöver handelt, das nur der weiteren Zersplitterung dienen und neues Vertrauen in die Arbeiterbewegung hineintragen soll.

Die Ergebnisse dieser Zersetzungsarbeit, die wir heute im benachbarten Deutschland beobachten können, fordern zur Vorsicht auf und bedauern müssen wir erklären:

Wir waren immer bemüht, das einheitliche Vorgehen der Arbeiterschaft in einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen zu sichern. Wir haben deshalb alles abgelehnt, was die Arbeiterschaft trennt und waren bestrebt, im gewerkschaftlichen Kampfe die politischen, nationalen und religiösen Unterschiede zu überbrücken. Die roten Gewerkschaften, welche stets unter dem Diktat der kommunistischen Partei stehen, haben jedoch im Gegenteil immer die Unterschiede in der politischen Gesinnung hervorgehoben und haben die Mitglieder zur Ununterschiedlichkeit und Voreingenommenheit gegen die freien Gewerkschaften erzogen, womit sie zur weiteren Spaltung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben, ebenso zum Individualismus, aus dem der Faschismus seine Kräfte schöpft.

Im Widerspruch zum Gedanken der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation steht insbesondere das Verhalten der Kommunisten zu den Unorganisierten, die wiederholt dazu herangezogen wurden, die Aktionen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu stören und zu bekämpfen. Wir haben stets auf den Zusammenschluß aller Arbeiter in starken Gewerkschaften hingewirkt und ein gemeinsames Handeln der gesamten Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung angebahnt. Das werden wir in der festen Ueberzeugung, daß nur im gemeinsamen sozialen und wirtschaftlichen Kampfe aller Arbeitnehmer Erfolge zu erzielen sind, auch weiterhin tun. Im gemeinsamen Vorgehen und in der einheitlichen Taktik und Zielsetzung liegt die Gewähr gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Erfolge. In dem derzeitigen Angebot der roten Gewerkschaften, das volle Hintergedanken ist, erblicken wir keinen Vorstoß, der die Arbeiterklasse gewerkschaftlich zu jener Einheit zusammenführen könnte, die wir brauchen. Bevor nicht die roten Gewerkschaften ihre zersetzende Tätigkeit und ihre unbegründeten Angriffe gegen die einheitliche Gewerkschaftsbewegung einstellen, kann ernstlich über die Schaffung einer Einheitsfront mit den kommunistischen Gewerkschaften nicht gesprochen werden.

Wir fordern daher die Gewerkschaftsverbände, Gewerkschaftskommissionen und Ortsgruppen auf, im

KARL UND DAS 20. JAHRHUNDERT

Roman von Rudolf Brungraber

Copyright by Societäts-Verlag, Frankfurt am Main 1933

Das war es: mit der Läuterung war der Glaube in Karl groß geworden, daß allem in der Welt und somit auch seinen eigenen Nöten und Sehnsüchten ein tiefer Sinn und eine unantastbare Gerechtigkeit zugrundeliegen. Mit dieser Ueberzeugung war es nun gut durch die Straßen gehen und es war etwas Namenloses, dem keinen Weib übers Haar zu streichen und zu scherzen, daß man nun bald zu dritt — hier dachte Karl an eine junge Blonde — oder zu viert — hier dachte er an ein Kind — in ein Dörfchen draußen einziehen würde, wo Kinder zu unterrichten wären. Es gab also doch eine Macht, die das kleine Weib noch einmal unter den großen Himmel hinausführen sollte, und wahrhaftig, Karl Lafner, der sich durch die Haltung, mit der er seinen Drangalen widerstand, eine nicht alltägliche Frische bewahrt hatte, ging in die Frühling 1912 wie ein Novize des Glücks durch die Straßen. In Berlin schloß er um die Zeit der letzte Verständigungsversuch mit London, Rußland schickte den Revolutionär Stalin, den Wunderer von Eisenbahnen und Banken, zum fünften Male nach Sibirien, das Hobart College in Geneva im Staate New York ernannte Frederick W. Taylor zum Ehrendoktor und die White Star-Linie kommandierte die Titanic gegen die Eisberge. Karl aber wurde von der Rauchsphäre einer Lokomotive mit der Lieblichkeit berührt, die sie in Kinderbüchern bot. Sein Vertrauen in die sonnige Sicherheit der Welt war so groß, daß er selbst ihren drohenden Stimmen gegenüber eine verlegene Weisheit bewahrte. Als einige Zeitungen, die offenbar nicht auf der Höhe der

Zeit standen, den Untergang der Titanic ein Strafgericht Gottes nannten, dachte er weder, daß das nicht die richtige Art sei, seiner Zeit ins Gewissen zu reden, noch daß ihr überhaupt ins Gewissen zu reden wäre, sondern er betrachtete das Ereignis als einen Unglücksfall, an dem selbst die keine Schuld trügen, die den Rekord gewollt hatten. Denn meinte er zu verstehen, Rekorde oder, gewichtiger ausgedrückt, große Geschwindigkeiten gehörten so sehr zu dieser Welt, daß man sie nicht abschaffen konnte, ohne diese Welt in ihrem Wesen zu treffen, das zweifellos imposant war. Auf diese Weise war Karl Lafner ein sehr williges Mitglied dieser Welt. In den USA, wo auf Grund einer tayloristischen Untersuchung gegen die Eisenbahnen die Anklage erhoben worden war, sie verschwendeten täglich eine Million Dollar, — was zur Folge gehabt hätte, daß der Taylorismus zum nationalen Schlagwort zu einer Konjunkturanlage geworden war, die zu nützen sich nur in jeder Straße, „Reorganisationsingenieure“ etablierten, — in den USA, veröffentlichten der Konteradmiral John R. Edwards und andere originell denkende Männer Bücher gegen die wissenschaftliche Betriebsführung. Sie sprachen von ihr als einem Fetischismus, in ihren Schriften standen Sätze wie: Die Rationalisierung, diese Hypertrophie des Strebens nach der Höchstleistung, ist bloß eine greifenhafte Entartung des Industriekörpers; oder: Die Rationalisierung ist der müde Ausklang einer Technik, die sich der Erschöpfung ihrer Problematik nähert. Von diesen Ansichten, die man als Nachgeburt der überwindenen Fin de siècle-Stimmung hinstellte, wurde Karl so wenig erreicht wie von der Sache gegen die sie gerichtet waren. Aber er hätte sie als ungerecht empfunden. Seine Liebe zu allem Existierenden war schrankenlos und einseitig und bis zum Ende von gutem Willen besetzt. Im übrigen fügte er sich wie alle Kleinen Leute gern in die Ueberzeugung, das große Getriebe würde durch die dazu Berufenen schon ge-

ordnet werden. In dieser Weise hatte sich Karl mit den Nachrichten auseinandergesetzt, die im Jänner über das Scheitern der Verständigungsverhandlungen mit Sir Ernest Cassel aus Berlin gekommen waren, und so dachte er jetzt über den Abbruch der Besprechungen mit dem englischen Kriegsminister.

Dem Lord Balfour aber schloß für eine Sekunde ein tragisches Pathos in den Blick, als er von Berlin schied. Er hatte die unbedingte Neutralität nicht zusichern vermocht, auf der Deutschland bestand, falls es sich mit der englischen Überlegenheit abfinden sollte, aber er hatte ganz Angola geboten, das Kaufrecht über den belgischen Kongo und für eine britische Beilegung an der Kapdabahn, Sansibar und Pemba. Die Kräfte machten die letzten Anstrengungen, den Abgrund unter sich zu überbrücken. Allein: hatte sich jemals eine wachsende Macht mit der Ueberlegenheit einer anderen abgefunden? Wäre das, wie man die Dinge zu verstehen gewohnt war, nicht Wernatur gewesen, und hatten sich jemals, die zuerst am Platz waren, nicht gegen jene gefehrt, die noch ihnen herandrängten? In diesem Sinn waren die Bülow und Bethmann-Hollweg, die DeLassé und Poincaré, die Lehrenthal und Berthold, die Jawovski und Nikolajewitsch, die Lord Grey und Lloyd George, die Paßé, Talaat, Ever Pascha und Sonnino alle nur Handlanger des Unermeidlichen. Wie es Disraeli, Bismarck und Gortschakoff zu ihrer Zeit nicht anders gewesen waren. Augenblicklich aber ersah die Menschen, wenn sie sich dem Unentzerrbaren nähern, ein rauschvoller Eifer. Schon Hegel hat sie die Geschäftsträger des Schicksals genannt und in jenen Tagen waren sie nicht mehr Handlanger, sondern fanatisierte Akteure. Als Karl mit Auszeichnung die Maturitätsprüfung ablegte, fertigten Frankreich und Rußland ihre Marinefontion, verpflichtete sich England, die französische Westküste zu schützen, und trug Poincaré den Wunsch seines Generalstabs nach Peters-

burg, man möge sofort an den Bau eines zweiten Gleises aller Bahnen schreiben, die nach Deutschland führten. Bei dieser Gelegenheit einigte man sich auch über die Kriegsziele, unter den Konstantinopel und die Kreuzzüge die russische Gegenforderung für Elsch-Vorbringen bildeten. Wie sehr man sich über seine Absichten im Klaren war, zeigte auch der Trinkpruch des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch auf dem Bankett, das die französische Herbstmanöver abschloß. Auf Wiedersehen, meine Herren, in Berlin, jagte er.

Als Karl am 30. September endgültig wußte, daß er in diesem Jahr wegen Ueberfüllung des Berufes keine Anstellung mehr erhalten würde, waren alle Mächte unbar ganz davon beansprucht, den drohenden Volkskrieg abzuwenden. Am gleichen Tag erhielt das Sechste russische Armeekorps in Warschau die Weisung, daß ein telegraphischer Befehl zur Anordnung der Mobilmachung in den europäischen Militärbezirken gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich-Ungarn und Deutschland aufzufassen sei. Hinter dieser Order stand die Erklärung Poincarés, daß Rußland auf einen Angriff Serbiens durch Österreich mit der Kriegserklärung antworten müsse und daß Frankreich ihm beistimmen würde, sobald ein militärisches Eingreifen Deutschlands erkennbar wäre. Aber es kam nicht so weit, obgleich Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland die Türkei in zwei Monaten geschlagen hatten und das nicht nur eine Niederlage der preußischen Militärs bedeutete, die die türkische Armee seit zwanzig Jahren geschult hatten, sondern der ganzen Orientpolitik, die dahinter stand. Es kam trotz den lebhaften Affirmationen in den Entente-Ländern nicht zur Entfesselung des Chaos, weil Deutschland, das seit zwanzig Jahren zwischen Vorwarnung und Ueberhebung schwankte noch einmal mehr zur Besorgnis neigte. Um so eifriger trieb man im Verborgenen die Mienen vor. (Fortsetzung folgt.)

Sinne dieser Grundzüge vorzugehen und die derzeitige Agitation der roten Gewerkschaften zurückzuführen. Nehmt überall ihr Vorgehen ab, durch welches die Kraft der Gewerkschaftsbewegung noch weiter geschwächt, der Faschismus gestärkt und der Weg für die Feinde der Demokratie geebnet würde.

Die Resolution über die Arbeitslosenfürsorge

bringen wir infolge Raummangel erst Dienstag.

„Macht ist Recht“.

Unter dem Titel „Südetendeutsches Erwachen“ schreibt in der schwarzen „Volkspost“ Josef Zol zur nationalistischen Besessenheit der Falenkreuzler und Deutschnationalen u. a. folgendes:

„In Deutschland erwacht eine geschlossene Nation, die ihr Schicksal allein bestimmen kann. Wir Südeindeutschen tragen das Schicksal eines Minderheitenvolkes und haben den Satz an uns erfahren, den leider auch der heutige Reichskanzler Deutschlands vertritt: „Macht ist Recht.“ Adolf Hitler, der den Marxismus und den Liberalismus als seine gefährlichsten Gegner bekämpft, hat sich am Gipfel seines Aufstieges zur Machttheorie des liberalen Staatsabsolutismus bekannt. Die These: „Macht ist Recht“ ist der größte Feind der deutschen Minderheiten, ist jenes brutale Gewaltprinzip, das jedes Minderheitenvolk auf das schärfste bekämpfen muß. Wir Südeindeutschen können diesen Grundsatz weder billigen noch anwenden. Bei uns besteht die Gefahr, daß dieser Grundsatz an uns noch in verächtlichster Weise angewendet werden könnte. Daher ist der Weg, den wir gehen müssen, doch ein anderer als jener, den das deutsche Volk selber geht.“

Diese Betrachtung ist durchaus realpolitisch. Es ist ein Wahnsinn, zu glauben, daß hierzulande unsere Falenkreuzler jemals das Best in die Hände bekommen. Das könnte schlimmstenfalls nur bei den tschechischen Faschisten der Fall sein. Daß dies nicht im Interesse des Deutschtums gelegen wäre, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Wir können als deutsche Minderheit mit der tschechischen Mehrheit wohl eine kluge und ruhige Verständigungspolitik treiben, niemals aber tölpelhaft mit der Macht drohen, weil eben diese auf der anderen Seite vorhanden ist. — Uebrigens muß auch Hitler im Umgang mit dem Ausland sehr höflich und — vorsichtig sein, kann er nicht mit der Faust dreinfahren, denn in diesem Falle wäre er selbst in der — Minderheit.

„Vor unserem Volke verantwortlich“

Mit dieser Phrase schloß eine vom Abg. Krumpke abgegebene Erklärung der oppositionellen deutschen Parteien, die sich gegen die Auslieferung der Abg. Hassold und Schollich richtete und die deutschen Sozialdemokraten und Landbündler für diese „Untat“ verantwortlich machte.

Die Herrschaften machen es sich sehr bequem: sie wollen rücksichtslos kritisieren, aber dafür selbst keine strafrechtlichen Folgen übernehmen. Am liebsten hätten sie volle Schimpffreiheit, so wie es die Nazis jetzt in Deutschland haben, während deren Gegner buchstäblich mundtot gemacht sind. Die tschechischen Parteien liefern Tschechen und Slowaken aus (Gajda, Strizbrny, Tula etc.), nur die Falenkreuzler und Deutschnationalen sollen nicht vor Gericht gestellt werden?! Und weil das natürlich nicht zu erreichen ist, wenn auch alle deutschen Parteien dagegen stimmen würden, werden die deutschen Regierungsparteien beschuldigt, am „Südeindeutschen“ „Denkerdienste“ zu verrichten! Als ob wir dazu da wären, für die Dummheiten und Verfehlungen der deutschen Nationalsozialisten die Mauer zu machen!

Eines muß aber anstandslos der Hebe gegen uns festgestellt werden. Wenn Abg. Dr. Hassold nicht wegen eines Verbrechens, sondern nur wegen eines Vergehens angeklagt wird, so hat er das den wickelschmachten deutschen Sozialdemokraten zu verdanken, deren Hilfe Dr. Hassold in dieser Richtung nicht vergeblich erflucht hatte.

Geänderte Einrückungstermine für Rekruten.

Der Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung die Aenderung der Antrittstermine für den Präsenzdienst der Rekruten zur Kenntnis genommen. Der Antrittstermin für Rekruten wird generell auf den 1. November verlegt. Der Antrittstermin am 1. Oktober wird nur für Angehörige der Genietruppen in Kraft bleiben. Für Rekruten, welche Frequentanten der Reserveoffizierschulen werden können, wird der Antrittstermin grundsätzlich in der Julimitte liegen. Feuer werden diese Rekruten am 17. Juli einrücken. Infolgedessen ist es notwendig, daß Studenten, welchen der Aufschub des Präsenzdienstes bis zum 1. Oktober des hiesigen Jahres bewilligt wurde, bis zum 15. Mai d. J. ein Besuch am Verlängerungsdienst Aufschub einreichen. Die bisherige Bewilligung von zwei Einrückungsterminen für Ärzte und Apotheker bleibt mit entsprechender Aenderung der Termine (Mitte Juli und Mitte Jänner) erhalten. Bei der Ersatzreserve gilt der bisherige Apriltermin.

Lynchjustiz im Dritten Reich.

Jüdischer Rechtsanwalt schießt auf Boykottposten und wird dafür im Gefängnis ermordet.

Prag, 1. April. Bei der Durchführung des anbefohlenen antisüdischen Boykotts ist es, wie Berliner haibamtliche und amtliche Meldungen besagen, in Kiel zu einer Bluttat gekommen. Der Sohn eines boykottierten jüdischen Möbelhändlers hat dort auf einen Boykottposten geschossen und ihn nach der ersten Meldung des offiziellen Conti-Büros leicht verletzt. Der Täter wurde verhaftet, aber nachträglich im Polizeigefängnis (!) von eingedrungnen Falenkreuzlern kurzerhand erschossen.

Zur Illustration, wie der amtliche deutsche Presseapparat arbeitet, um derartige Vorfälle zu beschönigen, führen wir die durch das hiesige tschechoslowakische Pressbüro aus reichsdeutscher Quelle darüber ausgegebenen Meldungen der Reihenfolge des Einlaufens nach an:

1. In einer Meldung des offiziellen Conti-Büros heißt es nach einem Bericht, in dem die „mustergültige Ruhe und Disziplin“ bei der Durchführung des Boykotts gerühmt wird, zum Schluß:

Nur in Kiel ist es zu einem ernstem Zwischenfall gekommen. Aus dem Möbellager einer jüdischen Firma in der Reichenstraße wurde auf den nationalsozialistischen Boykottposten geschossen. Ein SA-Mann wurde leicht verletzt. Eine sofort alarmierte SA-Abteilung gab daraufhin auf das Geschäftserdbeben mehrere Schüsse ab wodurch einige Schaufenster Scheiben zertrümmert wurden, und drang in das Gebäude ein. Bei der Durchsuchung wurde der Täter entdeckt und verhaftet. Es handelt sich um den Sohn des jüdischen Möbelhändlers Schumm. Die Pistole, aus der Schumm die Schüsse abgegeben hatte, konnte sichergestellt werden. Die Erregung über das Attentat ist sehr groß. Die Ruhe wird von SA-Wachen aufrechterhalten.

2. Kurz darauf meldet das amtliche Wolff-Büro:

Der Sohn des Möbelhändlers Schumm, der, wie gemeldet, am heutigen Vormittag vor dem Geschäftshaus seines Vaters auf einen SA-Mann einige Schüsse abgegeben hatte, durch die dieser einen schweren Bauchschuß davontrug, ist heute nachmittags im Polizeigefängnis, wohin er gebracht worden war, erschossen worden. Wie verlautet, verlangten einige Personen im Polizeipräsidium, daß ihnen die Tür zur Zelle des Schumm geöffnet werde. Als diesem Verlangen stattgegeben wurde, fielen mehrere Schüsse, die Schumm auf der Stelle töteten. Die Leiche wurde dem gerichtsmmedizinischen Institut zugeführt.

Hier wird also kein Geheimnis daraus gemacht, daß ein paar Nazis — andere Staatsbürger können doch sicher nicht so ohne weiteres in ein Polizeigefängnis eindringen — sich die Tür zu der Zelle des Verhafteten aufsperrten und ihn dort in aller Gemütsruhe zusammenknallten. Damit dieser aufgelegte Fall von

Lynchjustiz etwas gemildert erscheint, dichtet man dem verwundeten SA-Mann plötzlich einen schweren Bauchschuß an!

Inzwischen stiegen den amtlichen Stellen anscheinend doch Bedenken auf, angesichts der wachsenden Erregung im Ausland das Niederknallen eines wehrlosen Gefangenen so ruhig zuzugeben, und es wurde daher

3. die Dementiersprache in Bewegung gesetzt. Das tschechoslowakische Pressbüro brachte also folgende „Notiz“ für die Redaktionen:

„Das Wolffsch-Büro ersucht, die Meldung aus Kiel über die Erschießung des Sohnes des Möbelhändlers Schumm in der Zelle des Polizeigefängnisses zurückzuziehen.“

Inzwischen wurde eine neue amtliche Meldung zusammengedrückt, in der man den angeführten SA-Mann sterben und den Ueberfall auf das Gefängnis durch eine erregte Volksmenge verüben läßt und andeutet, daß die Polizei gegen die Niederknallung ihres Gefangenen vielleicht sogar so etwas wie Widerstand geleistet hätte, wenn die Sache nicht gar so schnell gegangen wäre. Es heißt also in der

Meldung Nr. 4:

Kiel, 1. April. (Wolff.) Ueber die blutigen Vorfälle am heutigen Samstag wird amtlich mitgeteilt: Der jüdische Rechtsanwalt und Notar Schumm schloß heute vormittag gegen 11.30 Uhr den SA-Mann namens Walter Althaller in der Reichenstraße durch Bauchschuß nieder, und zwar nach den bisherigen Meldungen ohne triftigen Grund. Der SA-Mann ist in der Klinik gestorben. Eine erregte Menschenmenge sammelte sich vor dem Polizeigefängnis an, bevor der vom Oberpräsidenten angeordnete Abtransport des Rechtsanwalts Schumm ermöglicht werden konnte. Die erregte Volksmenge drang in das Polizeigefängnis ein, wo Schumm durch Revolverchüsse getötet wurde. Das Ganze entwickelte sich so schnell, daß polizeilich der Vorgang nicht verhindert werden konnte. Die Menge drang auch in das Geschäft des Vaters des Rechtsanwalts Schumm in der Reichenstraße ein und zerstörte das Inventar.

Nachträglich wird in Meldung Nr. 5 der erschossene SA-Mann wieder in einen lebensgefährlich verwundeten zurückverwandelt und das „Versehen“ an erordneten Stellen zugeschoben:

Kiel, 1. April. (Wolff.) Von der Pressestelle der Regierung in Schleswig wird mitgeteilt: Infolge einer irrtümlichen Meldung nachgeordneter Stelle wird die Presse notiz betreffend Rechtsanwalt Schumm dahin berichtigt, daß der SA-Mann Althaller nicht gestorben ist, sondern in sehr ernstem Zustande in der Klinik darniederliegt.

Heimwehr contra Nazis.

Innsbruck, 1. April. In Inns in Tirol ist es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Heimwehrleuten, die in einem Lastauto von Innsbruck angefahren kamen, und Nationalsozialisten, die das Auto angeblich beschossen. Es entwickelte sich ein Kampf, dem mehrere Verwundete zum Opfer fielen. Schließlich räumte Gendarmerie die Straßen.

Als heute früh die Heimwehrleute aus Innsbruck nach Innsbruck zurückkehrten, kam es in Innsbruck wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Die beiden faschistischen Gruppen gingen mit Spaten, Gewehren und Gewehrfeilen aufeinander los; schließlich wurde auch aus Revolvern geschossen. Es blieben wieder zahlreiche Verwundete auf dem Platz.

Dollfuß arbeitet prompt!

Wien, 1. April. (N.) Das Bundeskanzleramt entsprach dem Rekurs des Wiener Heimatschutzes gegen den Erlaß des Wiener Bürgermeisters Zeiß über die Auflösung des Heimatschutzes. Das Bundeskanzleramt hat den Erlaß im vollen Umfang mit der entsprechenden Begründung aufgehoben.

Staatsreich in Uruguay.

Der Expräsident von der Polizei ermordet? Buenos Aires, 1. April. (Havas.) Die letzten aus Montevideo eingelangten Nachrichten besagen, daß der ehemalige Präsident Brun der Republik Uruguay in einem Anfall von Nervenzufälle Selbstmord verübte: Die Gerüchte über einen Selbstmord seiner Frau werden dementiert. Der gegenwärtige Präsident Terra hat außerordentliche Vollmachten übernommen, die Universalität geschlossen und zwei Minister sowie den Führer der sozialistischen Partei verhaften lassen.

Die argentinischen Blätter beurteilen dieses Vorgehen der Regierung von Uruguay als Befehl, daß der ehemalige Präsident Brun nicht Selbstmord verübt hat, sondern von der Polizei getötet wurde. In der „Colonie Española“ in Uruguay entstand eine ungeheure Erregung. Es bestehen Befürchtungen, daß unter dem Volke ernste Unruhen entstehen werden.

Prüfer nach Deutschland

An den „Sozialdemokrat“ richtet sich eine Aufforderung der deutschnationalen „Vörlinger Nachrichten“, drei oder vier deutsche Sozialdemokraten nach Vörlitz zu schicken, damit sie sich überzeugen können, daß dort Ruhe und Ordnung herrsche. Die Aufforderung ist seltsamer Weise im „Tag“ abgedruckt und als Vermittler der Inspektionstreife bietet sich — ebenfalls im „Tag“ das Reichsberger Sekretariat der Deutschen Nationalpartei an.

Wir wollen die holde Zweifelt „Tag“-Nationalpartei nicht ohne Antwort lassen und verurteilen also:

1. Eine Reise zur Prüfung der deutschen Verhältnisse sind wir zu unternehmen bereit.
2. Diese Reise muß zu freigeiwählten Zielen erfolgen können, darf sich also keineswegs auf Vörlitz beschränken.
3. „Ruhe und Ordnung“ in den Straßen werden weniger zu sehen begehrt als gesollerte Arbeiter und Funktionäre und zerstörte Arbeiterheime; es müßte den Prüfern also auch freistehen, unbeaufsichtigt mit einzelnen Menschen zu reden, Arbeiterheime und Arbeiterzeitungen zu besichtigen, kurz, völlig unbeeinflusst zu beobachten.
4. Die Reisevermittlung hat nicht durch die uns völlig gleichgültige Kanzlei der Deutschen Nationalpartei oder die „Vörlinger Nachrichten“ zu erfolgen, sondern, unter den von uns verlangten Garantien, durch die Reichsregierung.
5. Die Reisekosten bezahlen wir selbst.

Die Anstager haben also eine positive Antwort. Da sie sich zu Sprechern der von uns angegriffenen Reichsregierung aufwarfen, werden sie ja wohl auch die Antwort der Reichsregierung erfahren können.

Goebbels ohrfeigt die „Bohemia“.

Er verhöhnt die liberale Presse, die den Nazis „nach den Augen und nach dem Munde schreibt“!

Die „Bohemia“ bringt als einziges Prager Blatt einen zweispaltenlangen Auszug aus der Rede, die Goebbels Freitag abends in Berlin über die politische Lage hielt. Diese „Bohemia“ ist jetzt schon so auf den Faschismus gekommen, daß sie kommentarlos und sichtlich erfreut und zustimmend selbst die hanebüchenden Entgehnungen und Blödsinnigkeiten der Naziführer als politische Offenbarungen hinstellt, ohne darauf zu achten, daß sie, die „Bohemia“, damit ihre eigene Vergangenheit und alle Traditionen eines einstmalig demokratischen Bürgertums in den Kot zerrt. Daß Herr Goebbels die Weltanschauung des Liberalismus“ befechtigen will, bringt die „Bohemia“, das liberale Organ, in Sperrdruck, und gar in fetten Lettern setzt die „Bohemia“ den idiotischen Ausspruch hin, daß durch die Nazis „das Jahr 1798 aus der Geschichte gestrichen“ wird! Die „Bohemia“ ist also quieschbergnügt darüber, daß die Hunnen sich einbilden, sie könnten das weltgeschichtliche Geschehen der Großen Revolution aus der Weltgeschichte streichen und den Lesern der „Bohemia“ dreht sich nicht einmal der Magen um, wenn also ihre, die bürgerliche Revolution, von den größtentwahnsinnigen Herren des Deutschland von heute beschimpft wird!

Doch das ist noch nicht das Tollste. Das besteht vielmehr darin, daß die „Bohemia“ auch folgenden Passus aus der Rede Goebbels, durch Unterstreichungen und Fettdruck zustimmend, ihren Lesern mitteilt:

„Und nun konzentrieren sie sich alle auf die letzte Macht, die, weil sie in der ganzen Welt verzweigt ist, eine Gefahr darstellen kann, auf die Macht des internationalen Judentums. Wir hatten nicht die Absicht, die Sache sofort aufzurollen, wir hatten Dringlicheres zu tun. Allerdings, die jüdische Presse in Berlin hat ja umgelernt. (Große Heiterkeit.) Die Redakteure vom „Angriff“ müssen vor Reid erblaffen, wenn sie die nationalsozialistischen Reportagen in der „Ullstein- und Wölfe-Presse“ lesen; sie sollen nicht glauben, daß uns das milde stimmt. Wir fühlen uns sehr wohl dabei, wenn sie gegen uns schreiben, sie sollen nicht glauben, daß sie auf Frieden rechnen dürfen. Wenn diese Herren glauben, sie könnten sich auf eine internationale Weltmacht berufen, und erheben im Lande selbst ein moralisches Alibi, indem sie uns nach den Augen und nach dem Munde schreiben, dann irren sie sich!“

Wohl geht es Herrn Goebbels mit diesen Äußerungen vor allem um Berlin; aber er trifft damit doch auch nicht minder die „jüdische Presse“ in Prag! Die „Bohemia“ spottet ihrer selbst und weiß nicht wie, wenn sie die „große Heiterkeit“ bei der Stelle verzeichnet, in der Goebbels vom „Umlernen“ der jüdischen Presse spricht; auch über die Servilität der „Bohemia“ gegen den Faschismus müssen die „Angriff“-Redakteure vor Reid erblaffen. Prätig aber knallt die Ohrfeige gegen die „Bohemia“, wo Goebbels sie erkennen läßt, daß ihre Redakteure sich die Finger wund schreiben können mit netten Artikeln und noch gefälligeren Unterschriften für Hitler, ohne als hundertprozentige Nazis anerkannt zu werden.

Die „Bohemia“ wird natürlich dennoch fortfahren, den Hitlers und Goerings nach Mund und Augen zu schreiben; sie ist unempfindlich gegen die eigene Erniedrigung und hinlos gegenüber der Tatsache, daß sie damit nicht einmal einen nationalsozialistischen Hund hinterm Ofen hervorlockt.

850 Millionen Mark

zur Deszillbedeckung bewilligt.

Berlin, 1. April. Die Regierung hat ein Gesetz beschlossen, durch das der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, zur Finanzierung des voraussichtlichen Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1932 bis zu 850 Millionen Mark im Wege des Kredites zu beschaffen. Die dem Reichsminister der Finanzen bereits im Mai 1932 erteilte Ermächtigung, zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichshauptkasse bis zu 600 Millionen Reichsmark im Wege des Kredites flüssig zu machen, gilt weiter.

Ausreise aus Deutschland erschwert.

Sichtvermerk für Reichsangehörige.

Berlin, 1. April. Der Reichsminister des Innern wird heute eine Bekanntmachung erlassen, wonach Reichsangehörige zum Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Sichtvermerkes bedürfen. Die Sichtvermerke werden, wie alle Sichtvermerke, von den Sichtvermerkbehörden erteilt.

Einsteins Besitz beschlagnahmt.

Berlin, 1. April. Heute ist durch die polizeiliche Polizei bei einer hiesigen Bank das Bankkonto des Professors Einstein gesperrt worden, und zwar im Zusammenhang mit seiner „deutschfeindlichen Rede“. Gleichzeitig wurden 25.000 Mark in Effekten und 5000 Mark in bar beschlagnahmt. Das Geld sollte, wie das Conti-Büro hört, zweifellos zur „Vorbereitung für Hoch- und Landesverrat“ dienen.

Attentat gefällig?

Hamburg, 1. April. Heute früh wurden an der Umfassungsmauer des Bismarckdenkmals am Hamburger Hafen zwei etwa faustgroße Bomben gefunden, die mit Zündschnüren verbunden waren. Eine Zündschnur war in Brand gesteckt. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern wurden sofort aufgenommen.

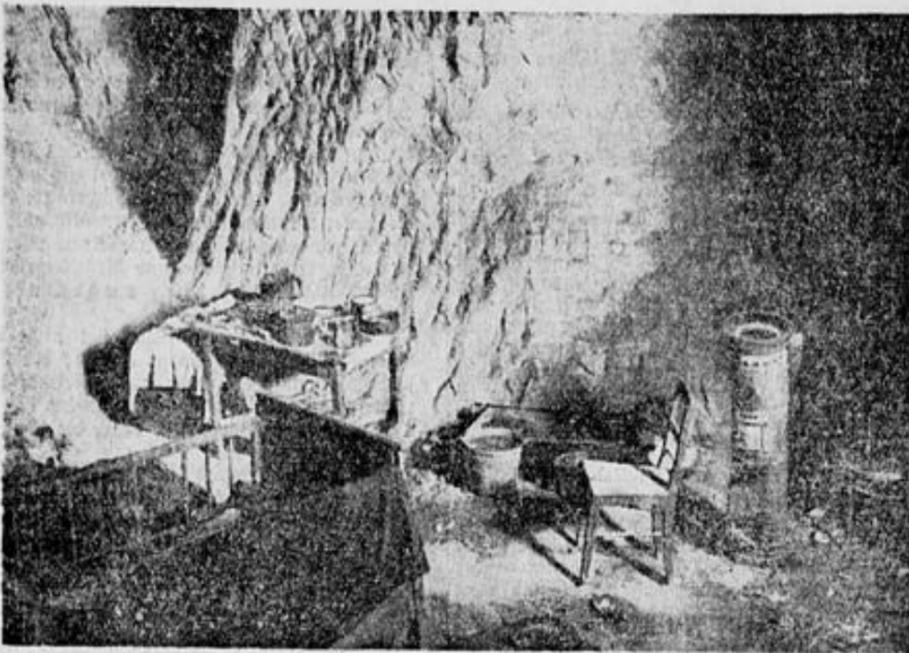
Höhlenbewohner in der Großstadt.

Glendbilder aus der Sandgrube in Prag-Rositz.*

Was unser Photograph erzählt.

Ich will nur schildern, wie es war, bei diesem Besuch in der Steinzeit. Ohne Reflexionen, ohne Bemerkungen...

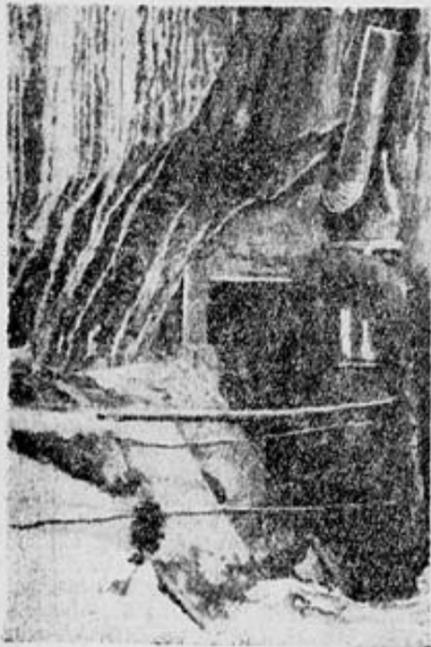
genug, um aufrecht eintreten zu können. Aber dann macht der Gang einen Winkel, und was an Licht in die Höhle fällt, ist fast nur noch Reflex von den Gangwänden.



Felswand zu erkennen sind. Deutlich ist nur ein breiter, nach oben gekrümmter Rauchfleck in der Mitte der Wand. Er weist auf ein regelmäßig unterhaltenes Feuer, also auf die Anwesenheit von Menschen, von menschlichen Siedlungen hin.

über zwei Minuten (nicht Sekunden!) belichten! Ich baue mir, in Ermangelung eines Stativs, eine kleine Plattform aus ein paar Felsblöcken.

Die Kameraden sind inzwischen zur nächsten Höhle gegangen. Sie ist klein, fast ein Loch. Dafür ist sie auch nicht so kalt. Ein Ehepaar und ein einjähriges Kind wohnen darin.



In der dritten Höhle wohnen zwei Leute. Mann und Frau. Sie ist in den drei Jahren des Hausens im Felsen offenbar verrückt geworden. Ihre Antworten sind wirr und unzusammenhängend.

Wir gehen wieder in die Stadt zurück. Zweihundert Meter unterhalb der Höhlensiedlung beginnt eine Villenvorstadt. Fast kein Haus hier ist ohne den Vermerk: 'Wohnung (bnt) zu vermieten.' (Bild 3.)

Oben aber haufen Menschen in Höhlen, wie zur Steinzeit. Da stimmt doch irgendetwas nicht in unserer Zivilisation, nicht wahr? ...

Terrasse, die die drei 'Wohnungen', die drei Höhlen im Sandstein, untereinander verbindet. Die erste, größte der Wohnhöhlen ist gerade leer. Ihre Bewohner sind 'ausgegangen'.

* Sandgrube (Pískovna), Rositz in den Felsen oberhalb der Endstation der Ober-Linie der Prager Straßenbahn.

Tagesneuigkeiten

Hotel-Einsturz

fordert zwei Todesopfer.

Roschau, 1. April. Gestern um 17.30 Uhr stürzte die Hälfte des Hotels 'Slavia' auf dem Ringplatz in Sedovce ein, das dem 68 Jahre alten Josef Spiro gehört. An den Ort der Katastrophe wurden die Ortsfeuerwehren sowie die Brandwehren aus der Gemeinde Roschadovce, weiter eine Militärabteilung und Gendarmen berufen, die aus den Trümmern des Hotels den Leichnam des Schwiegersohns Josef Spiros, Adalbert Braun sowie die seines kleinen 3 1/2 Jahre alten Söhnchens, Friedrich, hervorholten.

Prozess um den Erzbischof. Am Sonntag hat der Prager Erzbischof in seinem Leibblatt das staatliche Diapositivinstitut und das Masarykinstitut für Volkserziehung sehr scharf angegriffen, weil sie 'unsittliche' und antikatolische Bilder und Filme verbreiten und die Moral der Jugend dadurch vergiften.

Der Herr Erzbischof die Filme nicht genannt hat, muß angenommen werden, daß er sie auch nicht gesehen hat: es geht um jene Afrika-Filme und -Vorträge, wo gezeigt wird, daß Menschen bei vierzig oder mehr Grad Hitze im Schatten nackt herum laufen und sich den Teufel um die Bekleidungsbeschmäder züchtiger Herren kümmern. Das ist natürlich recht traurig und für Menschen, die sich aus uns nicht zugänglichen Gründen ihres Körpers schämen, unannehmbar: was allerdings der sittenstrenge Herr Erzbischof tut, wenn er seinen Heiligen Vater im Vatikan besucht und die Meisterwerke eines Michelangelo und Raffael bewundert, wo die antiken Menschen mit Vorliebe der Feigenblattmode huldigen, ist hierzulande nicht bekannt.

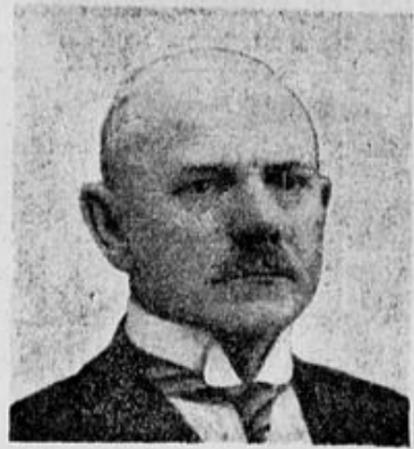
Ausbreitung der Arbeitslosigkeit im Braunauer Bezirke. Samstag, den 1. April, wurden, wie das 'Tautenauer Echo' meldet, aus den beiden Betrieben der Firma B. Schroll's Sohn in Braunau-Deberg und Halbstadt 1400 Arbeiter entlassen, da der größte Teil der Werke stillgelegt wird.

Piraten-Jagd. Aus Roschau wird gemeldet: Alle Bemühungen, die Entführer der vier britischen Offiziere auszuforschen, sind gescheitert. Die Ortsbehörden sind der Ansicht, daß die Banditen selbst von sich wissen lassen werden, bis sie ein Lösegeld verlangen wollen.

Tunnel-Einsturz. Im Tunnel zwischen Birnau und Biebram, wo derzeit schadhafte Gewölbestrecken umgebaut werden, stürzte eine drei Meter lange Umbauzone ein. Ein von Birnau kommender Güterzug fuhr auf den Schubegel auf. Zwei Packwagen wurden ineinandergeschoben. Der Zugführer und ein Schaffner wurden leicht verletzt.

Genosse F. K. Stark ein Sechziger.

Kurze Zeit mit dem gegenwärtigen gewaltigen Umkehrkampf der Arbeiter-



Klasse gegen Krisennot und faschistische Bedrohung eine ruhige Stellung bezogen werden, um den Jubilaren unserer Bewegung Glückwunsch und eine schlichte Würdigung darzubringen. Diesmal ist es Senator Genosse Stark, zu dessen sechzigsten Geburtstag am 3. April wir diese Zeilen schreiben.

Genosse Stark wurde am 3. April 1873 in Elbogen geboren und erlernte nach Abolvierung der Volksschule die Porzellandreherei. Er kam frühzeitig in die Arbeiterbewegung und sein Wirken in Gewerkschaft und Partei zog ihm bald den Haß der Scharfmacher in der Porzellan-Branche zu. Er kam auf die schwarze Liste und mehrere Maßregelungen führten endlich so weit, daß er in sämtlichen Porzellanfabriken Böhmens, Bayerns und Sachsens keine Arbeit finden konnte.

Wir freuen uns ganz besonders, daß Genosse Stark seinen sechzigsten Geburtstag in voller Rüstigkeit begehen kann und wünschen und hoffen, daß er der Arbeiterklasse noch lange wertvolle Dienste zu leisten imstande sein möge.

Minister für Sozialfürsorge Genosse Doktor Gsch empfängt Dienstag, den 4. April, nicht die üblichen Besuche.

Der Sturm über Mississippi. Mindestens sechzig Personen sind durch den Wirbelsturm, der über dem Süden der Vereinigten Staaten dahinzuglief, ums Leben gekommen. Die meisten Todesfälle werden im Staate Mississippi beklagt.

778 Millionen für Bezirksinvestitionen. Nach dem Vorbild der Staatsverwaltung und der Länder wurden — wie die 'Prager Presse' meldet — auch die notwendigen Pläne für die Investitionsarbeiten der Bezirke ausgearbeitet, welche teilweise mit der zu erwartenden Unterstützung aus der Arbeitsanleihe im Laufe des heurigen und nächsten Jahres durchgeführt werden sollen. Insgesamt sind für alle Bezirke Böhmens 778 Millionen K errechnet worden, welche die Gesamtdurchführung aller Investitionen ermöglichen würden.

Tod durch einen Löwen.

bei der Rettung eines Freundes.

London, 1 April. (A.N.) Die britische Regierung erteilte posthum dem Magistratsbeamten in Ngamiland in Beischuana, Reginald Montague, die Zivilmedaille des Ordens des britischen Reiches. Montague war seinem Freund,

der von einem Löwen angefallen worden war, zu Hilfe geeilt und hatte, als er auf dem Schädel des Löwen sein leergeschossenes Gewehr zerschmetterte, sich mit leeren Händen auf den Löwen gestürzt, um seinen Freund vor dem Tode zu retten. Montague wurde hierbei von dem Löwen so arg zugerichtet, daß er einige Tage darauf starb.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Montag. Prag: 6.15 Symphonie, 11.00 Schallplatten, 18.40 Schallplatten, 18.55 Deutsche Sendung...

Dienstag. Prag: 6.15 Symphonie, 11.00 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung...

Rundgebungsversammlung der Pädagogischen Akademien.

In der am 31. März veranstalteten Versammlung sämtlicher Prager Pädagogischen Akademien begrüßten als Vorsitzender der Versammlung der Präsident des Kuratoriums der Tschechischen Hochschule für pädagogische Studien...

Ein Weimarer. Der Geheimrat Professor Gerhardt Anschütz, der bekannte Staatsrechtslehrer an der Universität Heidelberg...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Privatangestelltenberatungen in Genf.

Das Internationale Arbeitsamt berief in der Vorwoche eine Konferenz seiner Kommission für Privatangestelltenfragen ein, an der für den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes der Vertreter der deutschen Regierung Dr. Feil und der Belgier Mertens...

Der Robot — ein Spielzeug der Großen.

Künstliche Menschen früher und heute — Vom Uhrwerk zum Maschinenmenschen. — Er spricht, sieht und handelt.

Die letzte englische Kunstausstellung behag eine besondere Sehenswürdigkeit in Gestalt eines neuen, vervollkommenen, lebenden, sprechenden und hörenden Maschinen-Menschen.

Wir können das Streben des Menschen, seinem Bild in Holz, Metall oder Stein den Odem des Lebens einzubringen, bis in frühe Jahrhunderte verfolgen. Schon um das Jahr 1420 wird der Raketenantrieb zur Belebung eines Menschenbildes verwendet...

Einen Höhepunkt in jener Jugendzeit des Robot bilden zwei Automatenfiguren, die etwa um die gleiche Zeit in Frankreich entstanden und die auch heute noch als wahre Meisterwerke technisch-mechanischer Geschicklichkeit gelten dürfen.

Eine neue Ära bricht für den Automatenmenschen mit dem Zeitalter der Elektrizität an. Der elektrische Antrieb seiner beweglichen Glieder verleiht ihm erhöhte Beweglichkeit und neue Kräfte.

Der Schatz von Angestellten, die zugleich Erfinder sind, bildet schon den Gegenstand früherer Kommissionsstipendien und in Genf wurden bloß die alten Beschäftigten befragt...

Ein ganzer Verhandlungstag wurde der Frage der Arbeitszeiterhöhung gewidmet, wobei die besonderen Merkmale der Arbeitslosigkeit bei Privatangestellten in entsprechender Weise hervorgehoben wurden.

Die Kommission sprach sich für eine einheitliche Konvention über die 40stündige Arbeitswoche sowohl für die Arbeiter als auch für die Privatangestellten, und zwar unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse der Privatangestellten aus.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung.

Entlastung kleiner Wohnungen von der Mietzinsabgabe.

Frage: Ist es zulässig, progressive Gemeindeabgaben einzuführen, von denen sozial Schwache befreit sind?

Antwort: Die Mietzinsabgabe, auf welche sich diese Frage bezieht, kann im Rahmen der Mustervorschriften nach dem Beschluß der Gemeindeverwaltung progressiv nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Einwohner festgelegt werden...

Der Erlass des Finanzministeriums, betreffend

den Telephonie aus der ungeheuren Zahl der Leitungen mit Hilfe des „Wählers“ jene Linie herausgreifen, die zu unserem Gesprächspartner führt. In ähnlicher Weise wählen wir durch unseren Befehl in der Apparatur des Robot jene Linie, die den gewünschten Effekt herbeiführt...

Und damit ist keineswegs die Grenze seiner Leistungen erreicht: Robot wird mit Hilfe seines elektrischen Auges besser und mehr sehen können als der Mensch, er wird Farbtönennuancen winziger Unterchiede mit einer Sicherheit auseinanderhalten können, die dem Menschen ewig verwehrt sein wird...

Und doch bleibt der Robot nichts anderes als ein simples technisches Spielzeug. Analysieren wir sein Inneres, so finden wir mechanische, elektrische, optische und akustische Vorrichtungen und Geräte, die wir auf anderen Gebieten der Technik seit Jahren erfolgreich verwenden...

die Beschäftigung der Pensionisten in der Staats- und öffentlichen Verwaltung hat folgenden Wortlaut: Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat in der am 8. Juli 1932 stattgefundenen Sitzung folgendes beschloffen:

In der Staatsverwaltung, staatlichen Unternehmungen, Anstalten und vom Staate verwalteten Fonds dürfen keine Bezüge staatlicher Ruhe- oder Versorgungsgelder, als auch Rentner nach dem Sozialversicherungsgesetz beschäftigt werden.

Die Fälle, in denen heute solche Kräfte schon beschäftigt werden, sind vom Standpunkte dieses Beschlusses zu überprüfen. Wo dies das notwendige Interesse am Dienst oder der Sparungsmaßnahme unvermeidlich erfordert, ist nach dem Einvernehmen mit dem Finanzministerium ein begründeter Antrag an die Regierung auf Befreiung des Pensionisten im Dienste einzubringen.

Dieser Beschluß bezieht sich nicht auf Militärgenossen des Gesundheitsdienstes, die im militärischen Gesundheitsdienst verwendet werden.

Auf Grund der Vollmacht, die ihm gleichzeitig von der Regierung erteilt wurde, macht das Finanzministerium aufmerksam, daß sich der erwähnte Regierungsbefehl nur auf die Beschäftigung der Bezüher von staatlichen Ruhe- oder Versorgungsgeldern bezieht, als auch auf die Rentner nach dem Sozialversicherungsgesetz in der Staatsverwaltung, staatlichen Unternehmungen, Anstalten und vom Staate verwalteten Fonds gegen welchen Gehalt der Entschädigung immer.

Autozusammenstoß mit schweren Folgen.

So und ähnlich lautende Zeitungsmeldungen sind heutzutage alltäglich zu lesen; mehr oder minder schwere Verletzungen, auch Todesfälle werden gemeldet und unüberschaubar sind die Folgen, die ein solcher Unglücksfall mit sich bringen kann.

Kanarienzüchter hungern.

Die Heimat der Harzer Edelrolle ist von den Unbilden der Zeit nicht verschont geblieben. Auch St. Andreasberg, die Stadt der Kanarienzüchter, leidet unter der allgemeinen Abflaktheit.

Die Abflaktheit der geliederten Sänger ist eine natürliche Folge der wirtschaftlichen Situation. Sie war zu erwarten in einer Zeit, da den meisten Menschen die Mittel fehlen, Gegenstände des täglichen Bedarfs zu kaufen.

Als die Krise sich noch ausschließlich innerhalb der deutschen Grenzen abspielte, wurde Andreasberg kaum von ihr berührt. Denn die Kanarienzüchter bildeten ein Exportgeschäft.

Während der Inflation blühte das Versandgeschäft besonders üppig. Damals herrschte in Andreasberg Hochkonjunktur. Zu Hunderten wanderten die sachgemäß trainierten Koller nach Halberstadt, dem Umschlaghafen für die Kanarienzucht.

Da von der Krise allmählich alle Länder der Erde erfaßt wurden, ist der Kreis derer, die sich aus Deutschland einen Kanarienvogel kommen lassen, sehr gering.

Es gibt zwar auch im Inland einen Markt für Kanarienvögel. Doch der ist den Harzer Züchtern abhanden gekommen, weil sie sich zu keiner fabrikmäßigen Herstellung entschließen konnten.

PRAGER ZEITUNG.

Schulge- und Heilfürsorge.

Genosse Dr. Gruchta-Kuffig sprach am Donnerstag über dieses Thema im Vortragsaal des Ministeriums für soziale Fürsorge:

Die Schulgesundheitsfürsorge ist aufgebaut auf der grundlegenden Erkenntnis, daß die Sorge um die Gesundheit nicht dem einzelnen überlassen bleiben kann. Für bestimmte Lebensalter, für bestimmte krankheitsbedrohte Gruppen sind organisierte Maßnahmen der Gesellschaft notwendig. Die Methoden dieser Maßnahmen sind: Körperliche Ueberwachung zum Zwecke der Feststellung unbekannter, in Entstehung begriffener oder drohender Leiden, Aufklärung und Belehrung über die Natur dieser Leiden und über die Art der Abwehr, zielende Hilfsmaßnahmen zur Abwendung der aus Mangel und Not entstehender Gesundheitschäden und dauernde Anknüpfung gegen Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit mit Hilfe aller Methoden psychischer Einwirkung. Die Arbeit der Schulgesundheitsfürsorge ist hauptsächlich vom Schularzt und der Schulschwester zu leisten. Die Schulärzte sind bei uns fast ausschließlich nebenamtlich tätige praktische Ärzte, in den Landgemeinden hauptsächlich die staatlichen Distriktsärzte. Es sollen die eifrigen Bemühungen der Ärzte in dieser Tätigkeit nicht herabgesetzt oder geleugnet werden, aber es muß doch ausgesprochen werden, daß sowohl der nebenamtliche Charakter der Dienstleistung, wie auch die unvollkommene Ausbildung vorläufig als Mangel in unserem schulärztlichen Dienst angesehen werden muß. Bei der Verteilung unserer Bevölkerung hauptsächlich auf Kleinstädte und Landgemeinden wäre der schulärztliche Dienst vorwiegend bezirksweise zu organisieren. Ein hauptamtlicher Schularzt könnte mit einem Auto auch die Dorfschulen besuchen und es könnte auf diese Weise ein einheitlicher und hochqualifizierter Dienst in den Bezirken geschaffen werden. Die zweckmäßigste Ausbildung des Schularztes wäre eine besondere Ausbildung im Fache der Kinderheilkunde und in der sozialen Hygiene. Anzustreben sind sozialhygienische Akademien für alle in der Gesundheitsfürsorge tätigen Ärzte. Für die Schulschwester bestehen derzeit auch keine Vorschriften über die Ausbildung. Sehr warm muß deshalb der Plan der Errichtung der Rockefeller-Schule bei der Staats-Gesundheitsanstalt begrüßt werden, die hoffentlich mit ihrer Tätigkeit bald beginnen kann. Bis dahin können die Absolventinnen der staatlichen Krankenpflegerinnen-Schulen für den schulärztlichen Dienst als Schulschwester empfohlen werden. Die Behandlung der kranken Schulkinder ist nicht Sache des Schularztes, wohl aber Aufklärung, Belehrung der Eltern und Ueberweisung zu einem Arzte. Die Behandlung kranker Kinder ist heute für jeden Unbemittelten möglich gemacht. Die große Bedeutung der Familienversicherung in unserem Sozialversicherungs-Gesetz kann für die Gesundheit der Kinder und die geistliche Entwicklung der heranwachsenden Generation nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Ueberwachung der Schulkinder ist aber nicht vollständig, wenn nicht bestimmte Hilfsmaßnahmen geschaffen werden, die zur Abhilfe von Mängeln dienen, denen gegenüber der einzelne machtlos ist. Im Vordergrund stehen heute Ausreisungsaktionen, da heute der Hunger die größte Gesundheitsbedrohung weiter Volksschichten ist. Die Suppenausweisungen in den Schulen können nicht als zulängliche Maßnahmen betrachtet werden. Es werden deshalb Frühstückaktionen (Kaffee und Butterbrot) wärmstens empfohlen. Weitere Hilfsrichtungen der Gesundheitsfürsorge ist das Sonderturnen für Kinder mit schwacher Rückenmuskulatur und die Erholungs-fürsorge. Bei der Erholungs-fürsorge ist die Auswahl der Kinder nach ärztlichen Gesichtspunkten durchzuführen und ebenso ist die Einteilung der Kinder in verschiedene Formen der Erholungs-fürsorge (Kolonien, Wanderungen und örtliche Erholungs-fürsorge) vom Arzte zu treffen. Der Vortragende empfiehlt besonders warm die „örtliche Gesundheitsfürsorge“, die durch ihre Billigkeit eine viel umfangreichere Anwendung ermöglicht. Die örtliche Erholungs-fürsorge besteht im Spiel der Kinder an einem Badeplatz oder im Luftbad unter Aufsicht von Lehrern und in der Vorbereitung einer zureichenden Kost. Als die wichtigste Hilfsmittelrichtung der Schulgesundheitsfürsorge wird die Schulzahnbehandlung eingehend gewürdigt, welche heute wohl allgemein nach dem Prinzip der systematischen Ueberwachung und Sanierung der Gebisse der Schulkinder erfolgt (Vommer System nach Prof. Dr. Kantorowicz). Mit diesem System können unter städtischen Verhältnissen die Gebisse von 90 Prozent der Schuljugend saniert werden, bei einem Aufwand von etwa K 11 bis 12 je überwachtes Schulkind. Der Vortragende gibt eingehende Schilderungen der Tätigkeit der Schulzahnkliniken in Aulzig und in Blin und erläutert eingehend die Sanierung eines größeren Bezirkes mittels einer fahrbaren Schulzahnklinik am Beispiel des Bezirkes Tešchen. Der Vortragende belegt seine grundsätzlichen Ausführungen durch eine detaillierte Darstellung der Schulgesundheitsfürsorge der Stadt Aulzig. Zum Schluß werden die wichtigsten Forderungen für die Zukunft genannt: Die wichtigste Aufgabe muß es heute sein, das Bestehende zu erhalten, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Fürsorgearbeit durch gesetzliche und verpflichtende Vorschriften auf eine sichere Grundlage gestellt wird. Schließlich muß erkannt werden, daß die Schulgesundheitsfürsorge ausgedehnt werden muß auf alle Schulen und vor allem orientiert

werden muß durch einen planmäßigen Ausbau der gesundheitlichen Ueberwachung und der Gesundheitsfürsorge für Jugendliche.

Kunst und Wissen

Prüfungsstellen für Anwärter im Theaterberuf.

Der ungehemmte Zulauf nichtgeeigneter Kräfte zum Theaterberufe hat bei der ohnedies bestehenden Ueberfüllung des Arbeitsmarktes beim Theater den Verband deutscher Bühnenleiter in der Tschechoslowakei und den Bühnenbund in der Tschechoslowakischen Republik, der die Interessen der Bühnengestellten der deutschen Theater in der Tschechoslowakei wahrnimmt, einvernehmlich veranlaßt, paritätische Prüfungsstellen für den Bereich der deutschen Theater in der Tschechoslowakischen Republik, ähnlich wie sie seit Jahren bereits in Deutschland bestehen, einzurichten.

Den gegenseitigen Vereinbarungen zufolge können nur jene Bühnenanwärter ein Engagement an einem deutschen Theater in der Tschechoslowakei erhalten, die sich mit dem Abgangszugnis eines öffentlichen Konservatoriums, einer öffentlichen dramatischen Schule oder mit einem Prüfungszugnis einer Prüfungsstelle ihres Heimatlandes ausweisen können.

Diese Vereinbarung gilt sowohl für tschechoslowakische wie auch für ausländische Staatsbürger. Die Prüfungen finden in Prag und Brünn statt.

Die erste Prüfung erfolgt Mitte Mai d. J. Der genaue Termin wird den Interessenten rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Meldungen zur Prüfung sind schriftlich beim Bühnenbund in der Tschechoslowakischen Republik, Brünn, Janáčekplatz 2a/IV, spätestens bis Ende April 1933 einzureichen. Später einlangende Meldungen werden nicht mehr berücksichtigt. Der Bühnenbund wird im Einvernehmen mit dem Bühnenleiterverband den sich Meldenden die notwendigen Unterlagen und Richtlinien rechtzeitig übermitteln.

Das Gasspiel des Josefstädter Theaters mit Hermann Thimig (Freitag im Neuen Deutschen Theater) bereitet einem sehr spärlich besuchten und also auch die lassenmäßige Problematik der Uebergeisterung aufzeigenden Haus einen köstlichen Abend heiterster und dabei anständigster Freude. Das Lustspiel „Glück im Haus“ von Jean de Létra (mit witzigen Gesangsleuten von Hans Adler und einer ausprüchlos netten Klaviermusik von Zieinbrecher) amüsiert durch das freundliche Pariser Bohème-Rituel, durch die Natürlichkeit der Figuren, durch die leise Ironisierung einer vom schlechten Kinogeschmack hergeleiteten, aber durchaus vermenslichten Handlung und durch eine im guten Sinne operettenhafte Entwickelung, die es einen ausnahmsweise nicht einmal verdrießen läßt, daß hier einem armen Teufel nicht nur durch die Liebe, sondern auch durch die Wundergestalt eines aufstaudenden Millionärs geholfen wird — wobei die Pariser sicherlich über den Herrn Loth als vorzügliche Karikatur des Parafabrikanten und Politikers Coy sich noch weit besser unterhalten dürften als östliche Meridiane. Man hat schon ganz recht, wenn man sich in diesem kleinen Lustspiel an den harmonischen Stil René Claires erinnert fühlt und den Autoren einen sehr geschickten und gefälligen Versuch der „Clairisierung“ der Sprechbühne nachrühmt. Der Erfolg des Abends wird aber mindestens ebenso stark von Hermann Thimig entschieden, der wieder einen seiner überwältigend erfolgreichen, naturburcheft witzigen und sympathischen jungen Kerls auf die Bühne stellt und gerade nach Kurt Bois den herzerquickenden Beweis erbringt, daß Sumor, der auf jedes Rülpsen verzichtet, weit bewingender ist. In Friedl Czepa hat Thimig übrigens eine ungemein lebenswichtige Partnerin, deren süßem Zimmert und vornehm-freiem Spiel man sich gern noch lange weiter hingeben hätte. Aber auch alle übrigen Künstler vom Josefstädter Theater überzeugten durchaus von dem Fortbestand erlebter Wiener Theaterkultur.

IX. Arbeitervorstellung. Sonntag, den 9. April, um halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater: „Die Komödie der Irrungen“ von Shakespeare. In neuer Fassung von H. Rothe.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, 1/2 Uhr: „Auslandsreise.“ Gasspiel Curt Bois. 1/2 Uhr: „Königin von Saba.“ (A 2) — Montag, 8 Uhr: Männergesangsverein-Konzert. (A 1) — Dienstag, 1/2 Uhr: „Auslandsreise.“ Gasspiel Curt Bois. (A 2) — Mittwoch, 1/2 Uhr: „Minna von Barnhelm.“ 1/2 Uhr: „Königin von Saba.“ (B 2) — Donnerstag, 1/2 Uhr: „Glückliche Reise.“ (C 2) — Freitag, 1/2 Uhr: „Mädchenjahre einer Königin.“ (D 1) — Samstag, 8 Uhr: „Orpheus.“ (A 1)

Wochenplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 1/2 Uhr: Schauturnen. 3 Uhr: „Salon Pigeberger.“ „Die schöne Galathée.“ 8 Uhr: „Leinen aus Irland.“ — Montag, 8 Uhr: „Der Russergatte.“ (Bankbeamte I) — Dienstag, 8 Uhr: „Fatme.“ — Mittwoch, 8 Uhr: „Eva sanfter das Paradies.“ (Bankbeamte II.) — Donnerstag, 8 Uhr: „Auslandsreise.“ Gasspiel Curt Bois. — Freitag, 8 Uhr: „Musik um Sufi.“ (Kulturverbandsfreunde.) — Samstag, 1/2 Uhr: „Wetter verändert sich.“ Eröffnungsführung.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag, Donnerstag, den 2. April, um 8 Uhr abends im Odborovy dum, Studentenheim, Sitzung der Bezirksvertretung.

Jugendbewegung.

S. J. III. Rationalökonomie-Gemeinschaft Montag, 8 Uhr, im Heim der S. J. II.

Mitteilungen der „Urania“.

Wochenprogramm:

Letzte Veranstaltungen im alten Urania-Saal.

Sonntag, 10 Uhr: Handelskurs. Fr. Schenl.

Sonntag, 11 Uhr: „Lachendes Leben“ und „Manvolle Körperziehung“. Wieder ein neues ausgezeichnetes Kulturfilmprogramm.

Montag, 19 Uhr: „Lachendes Leben“ und „Manvolle Körperziehung“. Preise von 2—6 K bei den Kulturfilmvorführungen.

Dienstag, 8 Uhr: „Der sogenannte „Offizismus“, Methodik und Theorie“. Geheimrat Univ.-Prof. Dr. Hans Driesch, Leipzig.

Mittwoch, 1/2 Uhr: „Minna von Barnhelm“. Urania-Klassiker-Vorstellung im Neuen Deutschen Theater.

Mittwoch, 8 Uhr: „Chirurgische Eingriffe am Lebensnervensystem und ihre Resultate“. Mit Lichtbildern. Dr. Karl Doppler, Wien.

Donnerstag, 8 Uhr: „Die Kaiserpsalst Eger“. Doz. Schürer. Interessante Einblicke, wie die kunstwiss. Forschung aus letzten Resten eines Bauwerkes das ganze rekonstruiert.

Samstag, 3 Uhr: „Radium, das Wunder-element“. Heimlicher Kulturfilm. Erstaufführung.

Samstag, 8 Uhr: „Die Hand, ein Spiegel der Seele“. Julius Spier, Berlin.

Dazu alle Sprachkurse der Urania-Volkshochschule.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliederanmeldungen: Urania-Kasse, Smetšřtagasse 22, halb 10 bis halb 1 und 3 bis 7 Uhr. Fernsprecher: 29321.

Urania-Kino. „F. P. 1 antwortet nicht“. Weiterer Erfolg. Ein sehr wertvoller Film allerersten Ranges. Hans Albers — Paul Hartmann. Heute 2, 4, 6, 1/2 Uhr.

Unser Blatt der „Sozialdemokrat“ ist in folgenden Vertriebsstellen zu haben.

Bahnhofsbuchhandlung, Wilsonbahnhof, Masarykbahnhof, Denšbahnhof. Barták, Trafik, Prag II., Tyšnov 2. Burak Hugo, Trafik, Prag I., Staroměstské náměstí 32.

Hodrova, Trafik, Smíchov, nábř. leglí 13. Jelinkova, Trafik, Nusle II., Mostné domy „Reformy“.

Kolyza Jan, Trafik, Smíchov, Zborovská tř. 15. Krausova A., Trafik, Karlín, Královská 14. Krejčík A., knihkupectví, Prag-Lieben, Královská 1511.

Kroupa Jindř., Trafik, Prag II., Rašínovo nábř., stánek 114.

Löwensohn Karl, Trafik, Prag II., Nekazanka 8. Mareš Josef, knihkupectví, Prag-Bubneč, ul. Dr. Bráfa 24.

Monik, Trafik, Prag I., Parlament. Mráčekova, Trafik, Prag I., Josefská tř., stánek 127. Mráz Jan, Smíchov, Radlická tř. 43.

Orbš A.-G., Zeitungsvertrieb, Praha XII., Fochova tř. 62.

„Praga“, Zeitungsvertrieb, Prag II., Havlíčkovo nám. 23.

Sedlář Václav, Trafik, Dejvice, Svecova. Skrabkova Anna, Trafik, Dejvice, Henerovy úřednické domy 28a.

Strouhal Artur, Trafik, Prag III., Mostecká 4a. Taussig E., Zeitungsvertrieb, Prag V., Václavská nám. 45.

Ungermann Rudolf, Prag II., Panská bei Palastrhotel.

Ústřední děln. knihkupectví, Svěcený, Prag II., Hybernská 7.

Zemann, Trafik, Prag I., Perštýn. Fenzl, Zeitungsvertrieb, Prag II., Smečky 8-10. Und bei Straßenverkauf: Wenzelsplatz — Perštýn — Masarykbahnhof.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Co., PILSEN. Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN. SIND DIE ALLERBESTEN!

Kuckuck Die größte illustrierte Wochenschrift erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Unser Osterverkauf ist eröffnet!

Neue, wieder bedeutend ermäßigte Preise!

HERREN:

- Anzüge elegant, auf Wollserge. 95.-
- Anzüge blau, Kammgarn . . . 195.-
- Anzüge schwarz, Kammgarn mit weißen Streifen, hochmod. . . 290.-
- Raglans modernste Fassung . . 125.-
- Ueberzieher grün, ganz gefüllt . . . 145.-
- Hubertusmäntel auch für Damen . . . 95.-
- Trenchcoats . . . 190.-
- Lederröcke, braun, Nappa 250.-
- Hosen eleg., Modestreifen . . . 40.-
- Golf- u. Pumphosen engl. Muster . . . 45.-

KNABEN:

- Anzüge mit Weste u. langen Hosen, 12—18 Jahre, Einheitspreis . . . 85.-
- Anzüge mit Weste u. kurzen Hosen, 8—15 Jahre, Einheitspreis . . . 75.-
- Sportanzüge Modifarben, 2—13 Jahre, Einheitspreis . . . 36.-
- Blaue Anzüge Marine oder Sport, —13 Jahre, Einheitspreis . . 49.-
- Manchesteranzüge sehr dauerhaft, 2—13 J. Einheitspreis . 59.-
- Sportanzüge mit Golhosen, sehr fest, 5—13 Jahre, Einheitspreis . 59.-
- Kniehosen Lederimitation, 2—13 Jahre, Einheitspreis . . . 10.-
- Golf- u. Pumphosen sehr dauerhaft, 6—13 Jahre, Einheitspreis . . . 35.-
- Hubertusmäntel auch für Mädchen, grün, blau, 2—13 Jahre Einheitspreis . . . 59.-
- Trenchcoats 3—13 Jahre. Einheitspreis . . . 95.-

Hüte von Kc 25., Kappen von Kc 8., Binder von Kc 2., Wäsche, Socken, Handschuhe usw. sehr billig.

Bessere Herren- und Knaben-Kleidung jeder Art bis zu den feinsten Qualitäten in großer Auswahl auf Lager.

Postversand gegen Nachnahme!

Stránský

Hybernská

Druck- und Verlagsanstalt: Stránský, Prag. — Druck: „Rota“ K.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Václav, Prag. — Die Zeitungsmotoren wurden von der Bohemian Press Co. in Prag, Böhmen, hergestellt. — In jedem Heft sind 100 Exemplare gratis beiliegend. — Rückmeldung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Manuskripte.